



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei- Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter
obigem Titel im Post-Verkehrsregister.

Inhalt: Der Verbandsbeitrag. — Gesetz und Praxis im Koalitionsrecht. (I. — Feuilleton: Bilder aus der deutschen Industrie. (I. Schluß und II.) — Korrespondenzen (Darmstadt, Dresden, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hannover). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen.

Für die Woche vom 2. bis 8. August 1914
ist die Beitragsmarke in das mit 32 bezeich-
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Verbandsbeitrag.

Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue sind die starken Pfeiler, auf denen der stolze Bau der Gewerkschaftsorganisation ruht. Diese unerlässlichen Arbeitertugenden geben jeder Gewerkschaft die nötige Festigkeit und Stoßkraft bei Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele. Wie aber zu jedem Bau als erste Bedingung ein Fundament gehört, so gehört ein solches auch zu jeder Interessentkoalition. Im Gewerkschaftsleben bildet dieses Fundament die schöne Arbeitertugend Opferwilligkeit. Sie findet ihren prosaischen Ausdruck in dem an und für sich recht nüchternen Begriff Verbandsbeitrag.

Der Verbandsbeitrag ist der Grundstock der Gewerkschaft. Aus ihm strahlt die Kraft zur Verwirklichung der Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue, welche guten Eigenschaften vor allem beim Kampf und Widerstand gegen das Unternehmertum im Angriffsstadium zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen oder bei der Abwehr beabsichtigter Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis in Betracht kommen. Die Verbandskasse muß mit ihren Mitteln hinter der kämpfenden Kollegenschaft als Rückenbedeckung stehen, ohne ihre tatkräftige Mitarbeit erst heuteutage das gute Gelingen eines gewerkschaftlichen Kampfes ausgeschlossen, der Hunger würde bald alle guten Grundsätze über den Haufen werfen, die streikenden Arbeiter bedingungslos in die Betriebe zurücktreiben und die Unternehmer würden höhnisch triumphieren.

Die Notwendigkeit eines gutgefüllten Kampf- und Widerstandsfonds steht also für jeden Gewerkschafter außer Zweifel. Einsichtige Kollegen haben das längst begriffen und suchen in jeder Weise dafür einzutreten, daß der Verbandskasse die Geldmittel in ausreichendem Maße zufließen. Trotzdem beobachten wir bei vielen Mitgliedschaften der Verbände einen gewissen Unmut, wenn ein Verbandstag eine Erhöhung der Beiträge beschließt, obwohl diese Erhöhung von den leitenden Personen als unbedingt notwendig erachtet und auf das genaueste begründet wird. Die Ursache zu solchem Unmut liegt in der Regel in der natürlichen Abneigung jedes Menschen gegen eine von ihm beanspruchte höhere Leistung. Diese Abneigung ist allerdings zu verstehen im gewöhnlichen bürgerlichen Leben, für das Gewerkschaftsleben ist sie aus dem genannten Motiv heraus wohl menschlich verständlich, vom Standpunkt der praktischen und erfolgreichen

Gewerkschaftsbetätigung aber einfach unverständlich.

Es ist richtig, daß die schon seit Jahrzehnten anhaltende Verteuerungstendenz im Wirtschaftsleben vor allem von den Arbeitern schwer empfunden wird, die aufklärten unter ihnen wissen auch, daß sie diese ungeheure Ausbeutung den Nutznießern des kapitalistischen Staates zu verdanken haben und stehen deshalb gegen Regierung, Kraut- und Schlotjunkturum in heftiger Opposition. Sie suchen durch ihre politische und wirtschaftliche Betätigung den unheilvollen Einflüssen der kapitalistischen Nachhaber entgegenzuwirken. Sie kämpfen gegen erhöhte Steuern und Zölle, gegen eine Wirtschaftspolitik, die den Besitzenden nützt, den Arbeitern aber schadet. Sie treten damit nur für die Wahrnehmung ihrer Interessen ein und tun recht daran. Wie aber sieht die von Staatswegen und durch mächtige Wirtschaftsfaktoren betriebene große Auspörierung der breiten Volksmassen im Vergleich zu dem verhältnismäßig niedrigen Verbandsbeitrag, den der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter allwöchentlich seinem wirtschaftlichen Kampf- und Unterstützungsfonds zuführt? Die Meßensummen, die der Staat den breiten Volksmassen zu seiner Aufrechterhaltung entzieht, dienen zum großen Teile Zwecken, die den Interessen des Volkes zuwiderlaufen, dienen zur Stärkung der Staatsmacht, die die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse mit allen möglichen Mitteln niederzuhalten sucht, der Staatsmacht, die die winzigen, sauer erkämpften Rechte des Proletariats, wie Wahlrecht und Koalitionsrecht, hinweg zu eskamotieren trachtet und durch Maßnahmen und Schikane aller Art das bisher vorhandene Arbeiterrecht illusorisch zu machen sucht. Außerdem dienen die dem Proletariat abgeklopften Steuern und Zölle zur Stärkung ihrer größten Feinde, sie füllen den von der Regierung begünstigten Junkern und Junkergeroffen die unergründlichen Taschen und verhelfen ihnen damit zu mühelosem Reichtumszerwerb.

Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache, sich gegen diese en gros betriebene Auspörierung zu wehren. Um dies aber tun zu können, ist eine machtvolle Organisierung des Proletariats nötig. Der Einzelne steht dem unheilvollen, kulturwidrigen Treiben der kapitalistischen Nachhaber völlig macht- und einflußlos gegenüber, deshalb müssen sich die Arbeiter in ihren proletarischen Organisationen zusammenfinden und mit deren Hilfe ihren Gegnern entgegenwirken. Zu solchem Willen aber gehören gefüllte Kampfkassen. Diese sind da zur Unterstützung des Kampfes auf politischem Boden, und im wirtschaftlichen Kampfe, der ungleich größere Opfer erfordert als der politische, ist es folgerichtig notwendig, daß die Kasse ganz besonders gut fundiert ist, um allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen zu können. Außerdem haben die Mittel der Gewerkschaften noch den Zweck, gemeinnützigen Unterstützungszwecken zu dienen und damit dem allgemeinen Solidaritätsgrundsatz zu entsprechen.

Der Unterschied ist also recht augenfällig. Die Beiträge, die der Staat in Gestalt von Steuern und Zöllen den breiten Volksmassen abnimmt, dienen zum größten Teil dazu, den Interessen dieser breiten Volksmassen entgegenzuwirken. Die Beiträge aber, die die Arbeiterschaft ihren Gewerkschaftsklassen zuwendet, dienen dazu, den Arbeiterinteressen schädigenden Einflüssen der Industrieritter und Schlotbarone entgegenzuarbeiten. Der Gewerkschaftsbeitrag wird den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entsprechend verwendet, er stützt sie im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenslage, bei der Abwehr von Unternehmerangriffen, und dient ihnen als Rückenstütze in besonderen Notfällen, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Umzug, im Sterbefall und bei sonstigen unterstützungspflichtigen Vorfällen. Deshalb aber hat jedes Gewerkschaftsmitglied die sittliche Pflicht, den Gewerkschaftsbeitrag freudig und pünktlich zu entrichten, denn was der Arbeiter hier zahlt, dient seinen vitalsten Interessen und trägt hundertfältige Frucht in Gestalt von Lohnaufbesserungen und sonstigen Erleichterungen im proletarischen Dasein!

Deshalb aber soll auch der Arbeiter nicht träumerhaft zu feilschen trachten, wenn es sich um die Abmessung der Höhe der Gewerkschaftsbeiträge handelt! Ach, ihr trinkt ja so oft ein Gläschen mehr als notwendig wäre und gebt, wenn ihr gut gelaunt seid, dem Kellner noch obendrein ein Trinkgeld. Ihr seid in so manchem Sportverein. Das wird nicht verurteilt, denn es dient in der Regel der Kräftigung eures Körpers. Auch dort zahlt ihr Beiträge, obwohl euch das gewerkschaftliche Gemb dichter am Herzen liegen muß als die Sportsjacke. Euer Hauswirt steigert euch die Mieten, ihr schimpft und zahlt. Oder ihr zieht aus und fällt einem anderen Hausagrariar in die Hände. Der Staat zapft euch Steuern und Zölle ab, ihr protestiert, kämpft dagegen, aber ihr zahlt, weil ihr müßt. Nun wohl, dann zahlt aber auch das, was zu eurem Besten dienen soll, den Verbandsbeitrag, mit frohem Herzen! Und feilscht nicht um die Höhe. Denn was ihr da einzahlt, geschieht ja zu eurem Nutzen und trägt hundertfältige Früchte! Ihr habt darüber die Kontrolle und könnt darüber wachen, daß alle Einnahmen wieder zu eurem eigenen Nutzen Verwendung finden. Die Verbandskasse ist nichts weiter als eine Sparbüchse, die eure Groschen sammelt und sie euch wiedergibt, wenn ihr ihrer bedürft, um zu kämpfen gegen die Ungunst des proletarischen Lebens und für die Verbesserung eurer Lebenslage!

Und laßt über das Mitweibergeleise unserer Gegner. Es gehört ja zu deren Lieblingsthema, euch darüber „aufzuklären“, daß eure Gewerkschaftsbeiträge „weggeworfenes Geld“ seien. Ach, sie sehen ja nichts Lieber, als daß ihr die Zahlung einstellt. Nicht zu eurem Wohlergehen und Nutzen, denn daran ist den Volkseindern nichts gelegen. Mein, wehrlos wollen sie euch dadurch machen, zu Strohhalmen im Sturm des Wirtschaftskampfes, zu willenlosen Werkzeugen und billi-

gen Ausbeutungsobjekten des Unternehmertums! Das ist ihr Lieblingswunsch und sie scheuen weder Verleumdung noch Lüge, um euch vom Pfade der wahren Erkenntnis abzubringen!

Spottet also der Verleumdungen der Gegner. Und zahlt eure Beiträge gern. Sie dienen eurer Rückendeckung im wirtschaftlichen Kampfe, sie sind das Fundament eurer Organisation! Das begreift endlich und vergeßt es nie. Schreitet auf dem einmal als richtig erkannten Pfade weiter und ihr werdet dann auch letzten Endes die Emanzipation der arbeitenden Klassen aus Fron und Knechtschaft und den Sturz des Kapitalismus herbeiführen!

Das ist es, worauf es auch hierbei ankommt!

Gesetz und Praxis im Koalitionsrecht.

II.

Nach § 3 des Reichsvereinsgesetzes sind nun politische Vereine solche Organisationen, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken. Wenn nach dem Wortlaut dieses Paragraphen die gewerkschaftlichen Organisationen als politische Vereine angesehen werden, müßte auch jeder Anglerverein, jeder Kegelsclub ein politischer Verein sein. Derartige Vereine und auch solche, die sich zweifellos mit politischen Angelegenheiten beschäftigt haben und noch beschäftigen, wie die hurrapatrisiotischen Jugendvereine, Kriegervereine usw. läßt man ungeschoren. Es fällt keiner Behörde ein, sie als politische Vereine im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen. Dagegen sieht man die Gewerkschaften als solche an, weil sie dem Unternehmertum und damit allen denen, die von der Arbeitskraft anderer Vorteil ziehen, gefährlich werden können. In kleineren Orten mit beschränkter Arbeitslosigkeit würde übrigens auch die Bestimmung, daß politische Vereine das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder der Polizeibehörde einreichen müssen, dem Terrorismus gegen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen Tür und Tor öffnen. Dort werden sich schwerlich Personen finden, die die Vereinsgeschäfte besorgen, wenn sie befürchten müssen, ständig Maßregelungsgefahren ausgesetzt zu sein, denn in kleinen Orten ist oftmals Amtsvorsteher und Betriebsleiter ein und dieselbe Person. Daß auch in anderen Fällen Vorstandsmitglieder nicht sicher sind, als solche den Unternehmern zur Kenntnis gebracht zu werden, lehrt der Fall, der in der Sitzung des Reichstages

vom 4. Februar 1914 zur Sprache gebracht wurde. Das Stenogramm sagt darüber das Folgende:

„Im März 1913 nahm die Polizeibehörde bei der Zahlstelle des Transportarbeiterverbandes in Essen eine Hausdurchsuchung vor. Sie beschlagnahmte die Mitgliederlisten des Verbandes, machte sich Abschriften von diesen Listen und lieferte eine Abschrift derselben an die Eisenbahnverwaltung, um die Eisenbahner, die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes waren, zu denunzieren. Diese Arbeiter wurden entlassen. Diese Handlung der Polizeibehörde in Essen ist nichts anderes als ein Diebstahls-einbruch. Der Polizeibehörde steht nicht das Recht zu, Abschriften von diesen Mitgliederlisten zu nehmen, gleichviel aus welchen Gründen die Hausdurchsuchung angeordnet worden ist.“

Was hier in diesem Falle und bezüglich Saalabtreibungen nach den Feststellungen im Reichstage geschehen ist, ist das, was man Terrorismus nennt und zeigt, daß nicht das Unternehmertum und die sogenannten Arbeitswilligen Grund haben, über Terrorismus der organisierten Arbeiter zu reden, sondern vielmehr diese berechtigt wären, sich über Terrorismus zu beklagen. Nichtsdestoweniger aber erhebt das Unternehmertum fortgesetzt derartige Klagen und ein Geschrei nach Schutz der Arbeitswilligen, aber wohl nur zu dem Zweck, das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft einzuschränken. Dabei liegen die Dinge so, daß nicht die sogenannten, sondern die wirklichen Arbeitswilligen eines Schutzes bedürfen.

Den Beweis hierfür lieferte beispielsweise die Rede des Abgeordneten Heine, der am 22. Januar 1914 im Reichstage über Streiks der Arbeiter und die Arbeitswilligen und ihr Vorgehen nach dem Stenogramm folgendes anführte:

„In der Zeit, wo die Arbeiter, seine Berufsgenossen, sich auf den Kampf vorbereiten, täglich von ihrem Lohn etwas beisteuern, steht der Streikbrecher zur Seite, hält seine Hand auf die Tasche und steuert nichts bei. Bricht dann aber der Kampf aus, legen sich die anderen die größten Entbehrungen auf, um die gemeinsame Sache zu fördern, dann fällt sich der Streikbrecher erst recht die Tasche, denn der Arbeitgeber zahlt ihm dann mit Freunden den doppelten Lohn, während er seinen alten Arbeitern auch die geringste Verbesserung verweigert. Der Streikbrecher liegt in solchen Zeiten auf der Lauer. Sucht man an sein Gewissen, an seine Ehre zu appellieren, macht man ihm klar, daß das Sprichwort: „Was Brot ich eß, das Lied ich sing“ die größte Lumperei ist, die auf der Welt gesagt worden ist, dann denunziert der Herr

Streikbrecher seinen Berufskollegen und bringt ihn ins Gefängnis. Ist aber schließlich der Kampf dem Verrat des Streikbrechers zum Troz doch siegreich ausgefallen, dann hat auch der Streikbrecher die Früchte davon: er genießt den durch die Entbehrungen der anderen erkämpften höheren Lohn, und der Staat schützt ihn noch davor, daß diejenigen, denen er in den Rücken gefallen ist, und die er nach Möglichkeit zu schädigen versucht hat, seine Entfernung vom Arbeitsplatz durchsetzen.“

Dies alles nun gilt schon von den gewöhnlichen Streikbrechern, denen vielleicht der eine oder andere Milderungs- oder Entschuldigungsgrund zur Seite steht, den Streikbrechern aus Feigheit, aus Not, aus Egoismus, aus Gleichgültigkeit. Nun gibt es aber seit einer Reihe von Jahren Streikbrecher aus Beruf, eine ganz besondere Klasse von Leuten, die nichts sind als Streikbrecher, die für diesen Zweck eigens erzogen und geistig korrumpiert worden sind. Es gibt ganze Streikbrecheragenturen, deren Wirksamkeit sich in dem Moabitler Prozeß durch die Geständnisse, die der Herr Pinke, der Führer einer solchen Agentur, einem Schriftsteller gemacht hatte, genügend charakterisiert worden ist. Der Herr Pinke sagte damals von seinen eigenen Leuten:

„Die Hauptsache ist, daß sie ne jute Handschrift schreiben mit de Kallstee. Mir kriibelt's in alle Finger, wenn'd breschen sehe. Meine Kerle reizt de Gefahr und de Ufsejung und det Wäschendürfen, — meine Herren, hier in Berlin unter den Augen der Polizei! — und det se ungestraft loszauen können, det de Fetzen fliegen.“

Meine Herren, wie dieses Gesindel, das in diesem Moabitler Fall tätig gewesen ist, sich betragen hat, dafür habe ich Ihnen hier ein Beispiel mitgebracht. (Redner weist einen Gummischlauch mit schweren Eisenstücken an beiden Enden vor. — Lebhaftige Bewegung.)

Sehen Sie sich bitte diese Waffe an, meine Herren! Das ist ein Gummischlauch mit Sand gefüllt, und er hat hier und hier ein schweres eisernes Gewicht. Mit diesem barbarischen Instrument hat dieses Pack in Gegenwart von Polizisten auf arretrierte Streikende loszudreschen dürfen, und die Polizisten haben dabei gestanden, und wenn einer seine schweren Wunden hatte, dann haben sie gesagt: „Na, nu is aber jenug!“ Das ist in dem Prozeß festgestellt worden. . .

Meine Herren, ich bin hier im Hause bekannt als jemand, der sehr starke Ausdrücke nicht

Bilder aus der deutschen Industrie.

I. (Schluß.)

Ueber das langgestreckte Bohrgebiet finden wir eine ganze Reihe kleiner Kraftzentralen verstreut. Jede Zentrale verteilt ihre Kraft durch ein im Freien horizontal auf der Erde liegendes großes eisernes Rad, das sich ebenso wie die Urruhe in unserer Taschenuhr, immer nur ein Stück nach links und ein Stück nach rechts dreht. Aber nicht so rasch wie die Urruhe, sondern ganz langsam. An den verschiedensten Stellen hat der eiserne Radreifen Löcher, an eingehängten Haken sitzen lange eiserne Stangen, die — einfach auf der Erde entlang, nur hin und wieder durch einen Holzloch etwas in der Bahn gehalten — zum Pumpenschwengel der Bohrlöcher hinzuführen. Macht das Kraftverteilungsrad der Zentrale seine langsame Bewegung nach rechts, so zieht es alle von links her eingehängten Eisenstangen über das Feld ein kleines Stück zu sich heran. Die Stangen, mit dem einen Ende des Wagebalkens an ihrem Bohrlöcher verbunden, ziehen dieses nach unten, das andere Ende, an dem das Pumpengestänge befestigt ist, wird dadurch ganz langsam etwas nach oben gehoben — macht nun das Kraftverteilungsrad der Zentrale seine Bewegung nach links, dann schieben sich die Eisengestänge über das Feld wieder zurück, die Wagebalken heben sich am äußeren Ende, am inneren tauchen sie beim langsamen Niedergehen das Pumpengestänge wieder nach unten. Die von

rechts her eingehängten Bewegungstangen machen dieselbe Arbeit im umgekehrten Tempo. Zumeist werden in die Radreifenlöcher zwei Bewegungstangen eingehängt, eine von links, die andere von rechts. Oft gabeln sich die Eisenstangen auch und bedienen dann zwei, ja auch drei Erdölpumpen. An einem Kraftverteilungsrad sind 10, 15 ja 20 Pumpen auf diese Art angehängt. Das Verfahren sieht sehr primitiv aus, arbeitet aber trotzdem mit geringen Reibungsverlusten und wenig Kraftvergeudung und ist so in Wirklichkeit ganz raffiniert durchdacht. In Celle-Wietze pumpt man damit alljährlich seine 60 und 70 000 Tonnen Erdöl.

Aus den Pumpplöchern fließt das schwarze Erdöl in Röhren, die flach unter der Erde verlegt sind, zu den kleinen Vorratsbehältern, von denen wir vorher gesprochen haben und die den Zweck haben, die Abgabe an die Petroleumbauern festzustellen. Dann geht's in die großen Reservoirs, in die Eisenbahnwaggons, in die Tankschiffe und mit ihnen in die Raffinerien.

Celle-Wietze hat auch Bohrlöcher, die zu wenig Erdöl geben, um fortgesetzten Pumpenbetrieb auszuhalten zu können. In solchen Fällen läßt man durch eine kleine Fördermaschine am Förderseil eine über ein Meter lange, hohle, eiserne Röhre in das Förderloch hinab, das geht tausend rasch. Unten stößt diese Röhre natürlich in das Erdöl, die Bodenklappe der Röhre öffnet sich nach innen, das Erdöl fällt die Röhre. Wird nun mit dem Förderseil dieser Apparat wieder hochgezogen, so

drückt das in der Röhre befindliche Erdöl die Klappe, die nur nach innen aufgeht, zu. . . Schon ist die Röhre wieder oben, schwebt am Galgen, stößt auf einen eisernen Dorn, der die Bodenklappe nach innen öffnet und heraus stürzt der Inhalt der Röhre — erst Salzwasser, dann schwarzes dickflüssiges Erdöl. Das Salzwasser erinnert noch an den ehemals hier existierenden Ozean, das Erdöl, das spezifisch leichter ist als Salzwasser, schwimmt auf ihm. Längst hat der Maschinist im Förderhäuschen die Röhre wieder ins Bohrloch hinunterlassen lassen — das macht er tagaus, tagein, Wochen und Monate, er ist nur noch Gehirn einer Maschine.

Die Raffinade des Erdöls nimmt man nicht in Celle-Wietze vor, überdies bekommt einen erheblichen Teil des hier erbohrten Erdöles die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen Petroleumtrustes, sie hat sich für lange Jahre die Lieferung gesichert und zahlt für die Tonne 6,50 Mk., trotzdem sonst durchschnittlich die Tonne 13,— Mk. kostet! Die Raffinade ist im wesentlichen ein Siedeverfahren, das Erdöl wird nach dem System der verschiedenen Siedepunktgrenzen in seine Bestandteile zerlegt. Das Erdöl scheidet bei 180 Grad Petroleumnaphtha (Nobbenzin) aus, bei noch höheren Siedegraden dann Kerosin (Leuchtöl), bei 300 Grad beginnen sich die Schmieröle abzuscheiden. Das deutsche Erdöl hat als Petroleum wenig zu bedeuten, sein Hauptwert liegt im Nobbenzin und im besonderen in seinen Schmierölwerten.

liebt. Aber ich würde meine Pflicht verfehlen, wenn ich nicht sagen wollte, daß das Lumpengefindel ist. Und dieses Lumpengefindel, das sind die wertvollen und für den Staat wahrhaft nützlichen Elemente, von denen die Regierungsvertreter gesprochen haben! Das sind die Leute, die dieser Staat braucht, die Schützlinge des Herrn Grafen von Westarp, des Hansabundes und leider auch die Schützlinge der Justiz."

Damit hat der Abgeordnete Heine die Gefahren geschildert, die organisierten Arbeitern drohen, wenn sie die Rechte anwenden, die ihnen § 152 der Gewerbeordnung gibt.

Korrespondenzen.

Darmstadt. Mitglieder-Versammlung am 22. Juli. Der Vorsitzende machte einige geschäftliche Mitteilungen, worauf der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal gab, die für gut befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Gauleiter Kollege Raab erstattete Bericht vom Verbandstage. Redner streifte in längeren Ausführungen alle zur Verhandlung gekommenen Anträge sowie die Wahl des Vorstandes, welche das erfreuliche Resultat zeitigte, daß der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Die Neuregelung der Unterstützungssätze sowie die Einführung einer sechsten Klasse mit dem Beitrag von 70 Pf. hat die beste Aussicht auf Besserung unserer Klassenverhältnisse. Die Wöchnerinnenunterstützung fällt nunmehr weg und werden die Wöchnerinnen wie kranke Mitglieder behandelt. Viel Zeit haben die Verhandlungen zur Sache Moritz in Anspruch genommen, und ist nun zu wünschen, daß diese Angelegenheit endlich für erledigt gilt. In der Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden, mit Ausnahme des Beschlusses auf Niederschlagung der Vorschüsse und Darlehen. Hier wurde ganz besonders betont, daß es im Interesse unserer Klasse doch besser gewesen wäre, wenn man diesem Antrage seine Zustimmung nicht gegeben hätte, was für die Zukunft keine guten Folgen bringen wird. Ein Ausflug in die Bergstraße nach Jugenheim soll am 23. August stattfinden und soll jedes Mitglied hierzu eine kleine Vergütung erhalten. Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden, dafür einzutreten, daß die Beschlüsse des Verbandstages voll zur Durchführung gelangen; auch hofft derselbe auf eine gute Beteiligung an dem geplanten Ausflug, welcher noch durch Zirkular näher bekanntgegeben wird. Hierauf Schluß der Versammlung. (Eingeg. 27. 7.)

Dresden. Am 22. Juli tagte eine Mitglieder-versammlung, die den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegennahm. In die Berichterstattung hatten sich die beiden Delegierten, die Kollegen Paul und Franz Herrmann, gestellt. Ersterer

referierte über die Tätigkeit des Verbandstages im allgemeinen, letzterer über die Statutenänderungen. Kollege Paul Herrmann besprach in 1½ stündigen Ausführungen die Arbeiten des Verbandstages, dabei einleitend erwähnend, daß diese Generalversammlung eine der arbeitsreichsten und infolge der tiefgehenden Vorommisse wohl eine der erregtesten gewesen sei. Der Fall Moritz, der zwei Tage in geschlossener Sitzung behandelt wurde, habe seinen Abschluß mit einer schriftlichen Erklärung gefunden, durch welche 14 Unterzeichner bekanntgaben, daß durch die auf dem außerordentlichen Verbandstag in Berlin angenommene Resolution der Hauptvorstand das Recht gehabt haben solle, den Kollegen Moritz seines Postens zu entheben. Auch der Geschäftsbericht habe zu längerer Debatte Anlaß gegeben. Hierzu müsse er bemerken, daß er sich mit den Streichungen der Vorschüsse nicht in allen Fällen einverstanden erklären könne. Wenn man auch den kleineren Zahlstellen entgegengemessen sei, so sei der Tilgungseifer betreffs der Vorschüsse und Darlehen doch etwas zu weit getrieben worden. Die fernere Stellung des Verbandes zur tariflichen Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei durch eine einstimmige Willenserklärung festgelegt worden, in welcher zum Ausdruck kommt, daß es unsere höchste Aufgabe sei, überall für Tarifabschlüsse einzutreten. Auch soll dort, wo örtliche Tarifabschlüsse auf Hindernisse stoßen, zunächst durch Hausabschlüsse denselben der Boden vorbereitet werden; doch sind solche in Zukunft dem Hauptvorstand vor den Abschlüssen zu unterbreiten. Bedauerlich sei es, daß die Einföhrung eines Verbandsauschusses, wohl infolge des besonders ablehnenden Standpunktes hierzu seitens des Hauptvorstandes sowie auch der Vertreter der Generalcommission und Bruderorganisationen, nicht angenommen wurde. Der Referent schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß die Dresdener Delegierten mit allen rednerischen Kräften versucht haben, den Anträgen der Zahlstelle Geltung zu verschaffen, doch war dies nicht in allen Fällen möglich. Auch habe er den Wunsch, daß die oft sehr erregten Debatten auf dem Verbandstag wie ein reinigendes Gewitter den Verbandstimmeln in Zukunft klären möchten. Kollege Franz Herrmann gab die verschiedenen Änderungen des Statuts bekannt, dabei erwähnend, daß der Antrag Dresden, die 6. Klasse mit 80 Pf. Beitragsleistung betreffend, nur sehr wenig Unterstützung gefunden habe. Erfreulich sei es, daß das Statut eine neue logischere Fassung erhält, was für die Statutenberatungskommission zwar keine so leichte Aufgabe gewesen sei. In längeren Ausführungen streifte der Redner noch die Wöchnerinnen-, Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Auch er schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß durch diese Finanzierung der Klassenverhältnisse nun auf längere Zeiten eine Stabilität auf diesem Gebiete

eintreten möge. Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Ortsverwaltung beauftragt, in nächster Zeit eine Vermählung einzuberufen, in der die Berichte diskutiert werden können. Am Schluß wurde noch zur regen Beteiligung an der am 16. August stattfindenden Fahrt nach Leipzig zur Besichtigung der Buchgewerbeausstellung aufgefordert, sowie bekanntgegeben, daß am 30. August ein Ausflug nach Ullersdorf stattfindet. (Eingeg. am 27. 7.)

Frankfurt (Main). Mitglieder-Versammlung am 21. Juli 1914. In der Arbeitsvermittlung tritt, wie Kollege Raab mitteilte, eine Änderung ein. Vom 1. August ab übernimmt das städtische Arbeitsamt die Stellenvermittlung. Die Mitglieder aber haben sich auch für die Folge bei Eintritt der Arbeitslosigkeit und zur ständigen Kontrolle auf dem Bureau zu melden. Am Freitag, den 7. August, fährt von Frankfurt ein Extrazug nach Leipzig. Mitglieder, die die "Bugra" besichtigen wollen, haben so gute Gelegenheit und Fahrpreisermäßigung. Den Bericht über die Gauleiterkonferenz erstattete Kollege Karl Schulze. Sein Inhalt ist in der "Solidarität" bereits wiedergegeben worden. Dem Bericht schloß sich eine lebhafte und zum Teil sehr erregte Diskussion an. In seinem Schlußwort konnte der Berichterstatter darauf hinweisen, daß an der auf der Konferenz geleisteten Arbeit keine Kritik geübt wurde. Ueber den Verbandstag referierte Kollege Raab. Er ging kurz auf die Ursachen zu der nichtöffentlichen Zwei-Tage-Sitzung ein und konstatierte mit Genugthuung die Annahme der vom Vorstand und der Gauleiterkonferenz gestellten Anträge. In der Debatte wurde bemängelt, daß man so wichtige Fragen, wie die Bedrohung des Koalitionsrechtes, wegen der Berliner Angelegenheit stark vernachlässigt habe. Die positive Arbeit des Verbandstages fand Anerkennung. Mit der Haltung des Delegierten erklärte sich die Versammlung einverstanden, was Kollege Raab in seinem Schlußwort feststellen konnte. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die anregende Versammlung ihr Ende. (Eingeg. 27. 7.)

Halle a. S. Versammlung am 11. Juli 1914. An Stelle des auf dem Verbandstage in Leipzig weilenden Vorsitzenden Kollegen Scheibe wurde Kollege Stolle mit der Leitung der Versammlung betraut. Nach Genehmigung des Protokolls gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahme betrug 849,- M., die Ausgabe 794,20 M., an die Hauptkasse wurden 54,80 M. gefandt. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt 440,15 M., an Kranke 139,85 M., an Wöchnerinnen 30,- M. Arbeitslos waren zwei männliche Mitglieder 161 Tage und zwölf weibliche 119 Tage, in Summa 21 Mitglieder 280 Tage. Krank waren zwei männliche Mitglieder 13 Tage und 21 weibliche 292 Tage, in Summa 23 Mitglieder 305 Tage. Der Mitgliederbestand betrug

... Langsam ging ich über das langgestreckte Galgenfeld, auf der Erde schoben sich nach allen Richtungen die Eisengestänge, die zu den Pumpen führen, hin und her. Ueberall wackeln die Wagebalken der Pumpen komisch langsam auf und nieder. ... Ich sehe das Erdöl steigen, Petroleumbauern reich werden, den amerikanischen Petroleumtrust Geld verdienen, die Deutsche Mineralölindustrie A.-G. wieder sieben Prozent Dividende verteilen und kolossale Extragewinne machen — ich versuche mich zu erinnern, wie die Lüneburger Heide vor Jahrmillionen entstanden, gewachsen ist und sich umgebildet hat. Gehört das nun nicht alles mit Zug und Recht dem Staat und der Allgemeinheit? Ich nahm mir vor, bei nächster Gelegenheit Bethmann-Hollweg zu fragen, der ja jetzt durch die Schließung des Reichstages den Entwurf eines Petroleummonopoles einfach in die Ecke geworfen hat.

II.

Die Kolonisation der Lüneburger Heide.

h. Kolonisation ist das Schlag- und Zeitwort der agrarischen Volkswirtschaft. Aus den Zeiten, da man das Gut und Rentable benutzte und einsteckte, alles andere aber einfach liegen ließ, sind wir längst hinaus. Was für die Industrie die Wertverwertung der Neben- und Abfallprodukte ist, wurde für die Landbewirtschaftung der Gebrauch und Verbrauch minderwertiger Böden und der Debländereten.

Deutschland hat noch unendliche Flächen Debland; Sand, Heide und Moor. Die Lüneburger Heide allein stellt eine Fläche von Hunderttausenden von Hektaren Debland dar. Es ist aber eine falsche Vorstellung, wenn man meint, daß zwischen Hannover und Bremen alle landwirtschaftliche Kultur aufhöre. Von den Dörfern der Heide frist sich die Kultivierungsarbeit sichtbar rasch immer weiter ins öde Land hinein. Du brauchst auf den Chauffeen nur in die Nähe eines Dorfes zu kommen, überall sieht man neuausgeholtze Flächen, frisch umgebrochenes Heibeland und erstmals bearbeiteten Acker. Weit hinter den in der Ferne verschwindenden Hügeln zieht in mächtigen Schwaden schmutzig-weißer Rauch flatternd über die Heide: die kleinen Heidjers sind an der Arbeit, ihre Moorstüden durch Brennkultur landwirtschaftlich wieder herzurichten. Die Heide- und Moorkultur an den Straßen und in der Nähe der Dörfer ist zumeist die individuelle Kultur des Einzelbesizers. Hier hat die Organisation der landwirtschaftlichen Kleinarbeit schon Riesenergebnisse vollbracht, hier kommt auch heute noch Gewinn in die Tasche des Kulturpioneres. Die meisten der Bauern besitzen ihnen überkommene Stüden Heidelandes, sie kultivieren es in stillen Perioden selbst und gewinnen für die eigene Wirtschaft wertvolles Ackerland. Aber auch hier machen sich schon stark hemmende Momente bemerkbar: Das Debland wird immer teurer, jeder Besitzer sieht in ihm verborgene und ungeschobene Schätze, die er im Verkaufspreis mit

vergütet zu bekommen hofft und haben will. Von allen Seiten wird ihm Kultivierung gepredigt, von den Winterschulen bis zur Landwirtschaftskammer und darüber hinaus und nicht zuletzt von den mächtigen Organisationen der Düngemittelinteressenten. Er wird oft zum Spekulant, der den zukünftigen Ertrag der Arbeit anderer schluckt.

Die Großkultur von Heide und Moor steht vor anderen Aufgaben. Hier ist es zumeist weniger das Wachsen und Ausdehnen der bestehenden Dorffuren. Es handelt sich darum, weit in der Heide Riesenschlägen öden Landes mit einem Schläge zu kultivieren, ganze Dörfer mit all ihren Zusammenhängen der Bedarfsversorgung zu schaffen. Es gilt Kolonisten anzufehen. Hier wird in immer größerem Maßstabe eine sehr genau durchdachte Arbeit geleistet — von allen Behörden, vom Landrat bis zum Minister —, die vom Außenstehenden überhaupt nicht gesehen wird.

Da ist zum Beispiel die Kolonie Schneehede im Kreise Fallingb. Auf Hunderten von Hektaren, ja, wenn man das ganze Projekt überfliehet, auf Tausenden von Hektaren öder Heidefläche schaffen hundert und mehr mittlere und kleinere Bauern. Die Rentenguts-gesetze, der staatliche Rentenbankkredit ermöglicht es, die Siedler billig verschuldet anzufehen. Im wahren Sinne des Wortes werfen diese ihr bestes und alles, ihren ganzen Kolonisationsmut in das Neuland hinein; die Resultate sind — man sieht es an älteren Kolonien — wahrlich nicht schlecht!

am Ende des zweiten Quartals 44 männliche und 173 weibliche, in Summa 217 Mitglieder. Einstimmig wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann wurden nach Verlesen der Präsenzliste die anwesenden Vertrauensleute festgestellt. Es waren anwesend von 23 Firmen acht Vertrauensleute. Mit Recht wies Kollege Stolle darauf hin, daß dies so nicht mehr weiter gehen kann, die Vertrauensleute hätten wenigstens ihre Vertreter zu senden oder sich zu entschuldigen. Es wurde mitgeteilt, daß eine Kollegin zu einer Woche Arbeitslosenunterstützung-Entziehung verurteilt worden sei, weil dieselbe ihre Arbeit ohne Kündigung verlassen hätte. Sodann drang Kollege Schallwig auf Regelung des Vertrauenspostens bei der Firma Balb u. Co. Der Kassierer machte noch auf die Weisepflicht bei Arbeitslosigkeit aufmerksam. Ein Vorschlag, einen Ausflug nach Osmünde zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen. Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß in der nächsten Versammlung der Verbandstagsbericht gegeben werde, schloß er die Versammlung mit der Aufforderung, die nächste Versammlung recht zahlreich zu besuchen. (Eingeg. 27. 7.)

Hannover. Mitgliederversammlung am 21. Juli 1914. Nach Verlesung des Protokolls gab Kollege Spartz die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Die Einnahmen und Ausgaben betragen 2042,80 M., an die Hauptkasse wurden 506,93 M. gesandt. An Arbeitslose wurden 399,30 M. gezahlt, an Kranke 259,85 M., an Wöchnerinnen 30 M. Die Einnahmen der Ortskassen betragen inkl. des Kassenbestandes vom April 1226,94 M., die Ausgaben 489,56 M., so daß am 1. Juli ein Kassenbestand von 737,38 M. zu verzeichnen war. Arbeitslos waren 14 männliche Mitglieder 316 Tage, acht weibliche Mitglieder 141 Tage. Kranke waren 20 männliche Mitglieder 504 Tage, 24 weibliche Mitglieder 690 Tage. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 404 Mitglieder. Kollege Spartz führte hierzu an, daß das Defizit von der Lokalkasse daher rühre, daß 100 M. als Abschlag an das Gewerkschaftshaus abgetragen sei; desgleichen gab er eine Neuierung bekannt, wonach die Namen derjenigen Kollegen jedes Quartal veröffentlicht würden, die Neuaufnahmen dem Verbandszugeführt haben. Nachdem Kollege Spartz noch einige Klarstellungen gegeben hatte, wurde dem Kassierer auf Antrag des Kollegen Wambacher Decharge erteilt. Kollege Kracht erstattete sodann Bericht über den Verbandstag und führte hierzu an, daß der Verbandstag, der zuerst in Berlin hatte stattfinden sollen, nach Leipzig verlegt wurde, um den Delegierten durch Besuch der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik Gelegenheit zu geben, sich über die technische Entwicklung im Buchgewerbe zu informieren. Redner behandelte eingehend die zur Verhandlung gelangten Gegenstände, insbesondere die geänderten Unterstützungsbestimmungen, die notwendig waren, um eine gesunde Weiterentwicklung unseres Unterstützungswezens zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Einführung einer Reiseunterstützung und die Umwandlung der Wöchnerinnenunterstützung in Krankenunterstützung, wodurch den Wöchnerinnen eine höhere Unterstützung als bisher zustiehe. Nachdem Kollege Kracht noch die in geschlossener Sitzung behandelte Tarifangelegenheit erläutert und die gefassten Beschlüsse erklärt hatte, wurde der Bericht zur Diskussion gestellt. In derselben wurde es unter anderem scharf verurteilt, daß der Verbandstag sich zwei Tage mit dem Fall Moritz beschäftigt habe, hiermit wäre viel Zeit verloren gegangen. Des weiteren wurde gerügt, daß die hiesige Parteipresse von den Verhandlungstagen kein Wort gebracht habe. Kollege Kuffnub hob sodann nochmals besonders hervor, daß der Antrag von Hannover, in den Parteibetrieben nur bei uns Organisierte einzustellen, dem Hauptvorstand warm aus Herz gelegt werden soll, daß er seinen ganzen Einfluß zur Erfüllung desselben geltend macht, damit dies in Zukunft geschieht. Nachdem Kollege Spartz hierzu noch einige Erklärungen zur Zufriedenheit aller gegeben hatte, wurde die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen mit dem Hinweis, die neuen Statuten in der nächsten Versammlung einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. (Eingeg. 27. 7.)

Rundschau.

Aus dem Druckereibetrieb der „Kölnischen Zeitung“ in Köln a. Rh. werden uns recht erbauliche Dinge gemeldet. Die Direktion dieser Druckerei ist von jeher schon nicht gut auf unsere

Organisation und ihre Mitglieder zu sprechen und versucht, wo sie nur irgend kann, jenen Arbeitern, die bei ihr in den „Verdacht“ der Organisationszugehörigkeit kommen, ihre ganze Macht fühlen zu lassen. So sind jetzt in ganz kurzer Zeit gleich drei Maßregelungen vorgekommen, die unzweideutig auf die Verbandszugehörigkeit der Betroffenen zurückzuführen sind. Die erste betraf den Vertrauensmann der Rotationsabteilung. Bei demselben entdeckte man in dem Moment, wo er in Gemeinschaft mit dem ebenfalls dort beschäftigten Vorsitzenden unserer Zahlstelle bei der Geschäftsleitung im Interesse der dortigen Kollegenschaft vorstellig wurde, daß er für den Rotationsaal untauglich sei. Man wies ihm deshalb einen Posten als Fahrbote zu, wo er, beiläufig bemerkt, eine durchschnittliche Arbeitszeit von 13 Stunden hat, und zwar ohne jegliche Mehrentschädigung. Ebenso erging es unserem Ortsvorsitzenden. Nach einer Tätigkeit von 15 Jahren bei der Firma, wovon zwölf Jahre auf den Rotationsaal entfallen, ist auch er plötzlich nicht mehr den Anstrengungen des Rotationsaales gewachsen und die Geschäftsleitung übertrug ihm ebenfalls aus „Mildsichten“ auf seinen Gesundheitszustand auch einen Posten als Fahrbote. Als der Kollege sich damit nicht sofort einverstanden erklärte, wurde ihm mitgeteilt, daß er dann die Konsequenzen tragen müsse. Gerührt von solvel „Wohlwollen“, und um nicht der Undankbarkeit bezichtigt zu werden, gab der Kollege sich zufrieden und trat den Posten an. Nun hätte man annehmen sollen, daß, nachdem die beiden „Gezer“ entfernt waren, die Geschäftsleitung ihr Mühen gelüftet hätte. Weit gefehlt. Zum Nachfolger des gemäßigten Vertrauensmannes wurde ein Kollege bestimmt, der diesen Posten schon früher einmal bekleidet und sich bei dieser Gelegenheit den ganz besonderen Haß des Betriebsleiters D. zugezogen hatte. Gehörte doch der Kollege mit zu denjenigen, die dem in Frage kommenden Herrn klar machten, daß auch ein Hilfsarbeiter noch Menschenwürde besitzt, und daß die Zeit, wo D. das ihm unterstellte Personal mit allerlei dem Tierreiche entnommenen Namen bedachte, endgültig vorbei sei. Ebenso mußte sich Herr D. davon überzeugen lassen, daß das Hilfspersonal „schlagenden Beweisen“ gegenüber nicht mehr zugänglich sei. Daß der erwähnte Kollege neuerdings das Amt eines Vertrauensmannes übernommen hatte, scheint zur Kenntnis der Geschäftsleitung gekommen zu sein, worüber man sich nicht wundert, wenn man weiß, auf welche Art und Weise das Hilfspersonal durch verschiedene sogenannte Meister, unter Führung eines Obermaschinenmeisters, bespitzelt und schikaniert wird. Ein an sich unbedeutender Wortwechsel, den unser Kollege mit einem Arbeiter aus der Verbandsabteilung hatte, veranlaßte den Oberfaktor, unsern Kollegen, der 17 Jahre bei der Firma beschäftigt war, kurzerhand zu kündigen. Auf den Hinweis, daß nach so langjähriger Tätigkeit doch nicht gleich gekündigt werden müsse, wenn einmal mit einem Mitarbeiter ein harmloser Wortstreit entstehe, erwiderte der Oberfaktor, daß der Streit auch bloß eine Gelegenheit gewesen sei; die eigentlichen Gründe lägen schon länger zurück. Nun begann ein sonderbares Spiel. Das Ersuchen unseres Kollegen um Angabe der Gründe wurde von seiten des Oberfaktors brüskt abgelehnt; er wurde an

den Betriebsleiter D. verwiesen. Dieser erklärte sich zur Angabe der Gründe bereit, wenn der Oberfaktor dabei anwesend sei. Dieser wiederum lehnte ein solches Ersuchen ab. Man sieht also: einerseits wirft man einen Menschen, der 17 Jahre nach besten Kräften seine Pflicht und Schuldigkeit im Dienste der „Welfirma“ getan hat, erbarmungslos aufs Pfahler, und andererseits ist man so vorsichtig — um nicht zu sagen feige — die Angabe der Gründe zu verweigern. Das Urteil über eine solche Handlungsweise möge sich jeder Leser selbst bilden. Daß Hilfsarbeiter, die wegen Eintritt zum Militär aus der Firma ausscheiden müssen, nach Ablauf ihrer Dienstzeit in der Regel nicht mehr eingestellt werden, trotzdem sie vorher sechs bis acht Jahre da beschäftigt waren, mag bei einer Firma, die so patriotisch veranlagt ist, sonderbar erscheinen, uns wundert es bei ihren Kapitalistenallüren nicht. Müßte man doch dann diesen Kollegen ein paar Mark mehr zahlen als wie den immer wieder gesuchten 17- bis 18jährigen Burken, die man bei Nachtarbeit mit 16,50 M. pro Woche entlohnt. Daß unter diesen Umständen der Betrieb der reinste Laubenschlag ist, dürfte ohne weiteres klar sein.

Wir wären in der Lage, dem Ruhmestranze der erwähnten Herren noch manches „schöne“ Wort hinzuzufügen, glauben aber, daß Vorstehendes genügt, um weiten Kreisen über die „Arbeiterfreundlichkeit“ des DuMont-Schaubergschen Betriebes die Augen zu öffnen.

Im übrigen möge sich die Firma in ihrer Handlungsweise nicht betren lassen. Gehe sie nur den einmal beschrifteten Weg ruhig weiter, denn sie betreibt damit für uns die beste Agitation und hilft uns die heute noch abseits stehenden Kollegen unseren Reihen zuzuführen.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht des Deutschen Landarbeiterverbandes für die Jahre 1912 und 1913. 88 Seiten. Berlin 1914. Preis im Buchhandel 1,25 M. Kommissionsverlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Für Mitglieder beim Bezug vom Verbandsvorstand 20 Pf.

Adressenveränderungen.

Wiesbaden. Die Krankenunterstützung zahlt für Wiesbaden aus Paul Rupp, Frankenstr. 13 III, abends von 7—8 Uhr. — Die Arbeitslosenunterstützung wird nur in Mainz ausgezahlt bei Alfons Bischoff, Mailandsgasse 9 II.

Abrechnungen.

Das zweite Quartal 1914 haben in dieser Woche abgerechnet:

- Gau I: Essen 87,59 M.
- Gau II: Mainz 82,94 M.
- Gau IV: Kaufbeuren 147,70 M.
- Gau V: Dresden 1081,12, Zwickau 59 31 M.
- Gau VI: Jena 80,76 M.
- Gau IX: Ostbrück 28,72 M.
- Gau X: Bremen 122,04 M.

S. Lohahl.



 Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands
Zahlstelle Leipzig
 Sonntag, den 23. August 1914, im Schützenhaus „Sellerhausen“
Großes Sommer- und Kinderfest
 Nachmittags 2 Uhr
Festzug mit Musik vom Gerichtsweg nach dem Festlokal.
 Festkarte im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 30 Pf.
 Kinder von Mitgliedern sind frei, Salkinder à 20 Pf.
 Programme sind vom 31. Juli ab im Bureau und bei den Funktionären zu haben.
 Zu recht reger Beteiligung ladet ein
Der Festausschuß.